

Über die Keimzelle der Demokratie - Start der Vortragsreihe mit Uli Dreßler vom Hessischen Innenministerium

(jk) - Nachdem sich das Volksbildungswerk mit dem Thema "Europa" in einer Serie von Veranstaltungen inklusive Ausflügen zu europäischen Institutionen beschäftigt hat, wird jetzt der Fokus auf "kleinere" politische Einheiten gerichtet. In der neuen Reihe "Zentren der Macht" stehen die demokratischen Entscheidungsebenen Staat, Land, Kreis und Kommune im Blickpunkt des Interesses.

Wenn man sich mit Europa befasst und vor Augen hält, dass mehr als zwei Drittel der in der Bundesrepublik geltenden Gesetze auf europäischen Vorgaben beruhen, "ist es nur logisch und konsequent, sich den Quellen demokratischen Handelns zuzuwenden. Und die kleinste Zelle, das ist die Kommune", betont Dr. Bernward Löwenberg. Der Auftakt am vergangenen Freitag im Haus der Vereine leidet ein wenig unter den winterlichen Bedingungen. Trotzdem kommt noch eine dem Thema angemessene Zuhörerschaft zusammen, die von Bürgermeisterin und Schirmherrin Angelika Munck begrüßt wird.

Die Bezeichnung "Zentren der Macht" kann unterschiedlich gedeutet werden. Das liegt vor allem am Begriff der Macht selbst, der soziales Geschehen äußerst diffus und zum Teil recht widersprüchlich einzufangen versucht. Auf der einen Seite sei man froh, wenn jemand zur rechten Zeit ein Machtwort spricht, die Macht ergreift, dem steht auf der anderen Seite Machtmissbrauch gegenüber. "Ich verbinde mit dem Begriff eher ein mulmiges und ungutes Gefühl", sagt Munck. Da findet sie sich in guter Gesellschaft. Weil der Begriff, isoliert betrachtet, recht wenig erklärt. Macht sei "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht," heißt es bei Max Weber. Den schwammigen und amorphen Machtbegriff bindet er deshalb in einen präzisen und auf Dauer ausgerichteten Kontext ein, dem der Herrschaft. "Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden." Es geht dem Sozialwissenschaftler um eine institutionalisierte Form der Über- und Unterordnung, die je nach Ausprägung nicht zwingend hierarchische Strukturen voraussetzt. Insofern wäre der Titel "Zentren der Herrschaft" wohl der treffendere.

Der Referent Uli Dreßler outet sich als glühender Befürworter der kommunalen Selbstverwaltung als Keimzelle von Demokratie. Dreßler ist gelernter Jurist, seit 18 Jahren Referent beim Hessischen Innenministerium und dort Sachverständiger für Kommunalrecht.

In seinem Vortrag skizziert er zentrale Gesichtspunkte der rechtlichen Grundlagen des demokratischen Staatsgebildes. "Die Kommunale Selbstverwaltung gab es in der Bundesrepublik bereits vor Inkrafttreten des Grundgesetzes", erläutert Dreßler und wirft per Videobeamer Jahreszahlen und Auszüge aus entsprechenden Gesetzestexten an die Wand. So ist die Hessische Gemeindeordnung (HGO) am 21. Dezember 1945 in Kraft

getreten, "als der Staat noch in Trümmern lag". Am 1. Dezember 1946 stimmten die Hessen ihrer Landesverfassung zu. Und der mündige Bundesbürger?

"Kennen Sie den Artikel 146 im Grundgesetz?", fragt der Referent schmunzelnd. Da steht (für Juristen) klipp und klar, dass das Grundgesetz ein Provisorium darstellt und nach der Wiedervereinigung der Deutschen unter einen gemeinsamen und freiheitlichen Staat eine Verfassung den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden muss. "Damit befasst sich derzeit kein Politiker". Es wäre aber ein wichtiger Vertrauensbeweis, wenn endlich eine Verfassung dem Souverän zur Abstimmung vorgelegt werden würde. "Dies könnte die wachsende Kluft zwischen Berufspolitikern und Wahlbürgern verringern", so Dreßler. Der Umkehrschluss: Die Berufspolitikern trauen den Bürgern - dem Souverän - nicht zu, über seine Verfassung abzustimmen? Eine absurde Situation, aber bislang äußerst real. "Eine durch die Abstimmung des deutschen Volkes legitimierte demokratische Verfassung ist unabdingbar", so der Jurist.

Wahlen sind in Demokratien eine entscheidende Mitwirkungsmöglichkeit. In regelmäßigem Turnus stellen sich Volksvertreter zur Wahl. In der Bundesrepublik mit ihren 16 Bundesländern findet nahezu in jedem Jahr eine Landtagswahl statt, die auch Auswirkungen auf den Marktwert von Bundespolitikern hat, die Folge: "Die Politiker haben immer irgend eine Wahl vor der Brust", so Dreßler, und dies kann das Verhalten und (Nicht-)Handeln im Parlament oder auf der Regierungsbank auf wahltaktische Muster einengen. Fatal, findet Uli Dreßler und zeigt an Schaubildern, dass es dringend Politikfelder zu beackern gilt, die klientelfreies überparteiliches, demokratisches Denken erfordern, damit die demokratische Gesellschaft auch in Zukunft lebensfähig bleibt. Stichwort: Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, der ungerechte Länderfinanzausgleich oder die demographische Entwicklung. Deutschland muss sich als Einwanderungsland definieren und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. "Geisterdörfer gibt es bereits eine Autostunde entfernt in Nordhessen." 2050 werden in Hessen nur noch 5,5 Millionen Menschen leben. Bis 2060 reduziert sich die deutsche Bevölkerung von heute 80 Mio auf 65 Mio Menschen. Bundesweit wird 2060 jeder dritte Bürger 60 Jahre und älter sein.

Beunruhigendes Datenmaterial, das den Vorschlag zur Einführung eines Familienwahlrechts hervorgebracht hat. Damit könnte die jüngere Generation, die sich massiv in der Minderheit befindet, mehr Gewicht erhalten. Die Eltern wählen dabei stellvertretend für ihre minderjährigen Kinder.

Neben den Wahlen können sich Bürger durch Bürgerbegehren und Volksentscheide gegen Entscheidungen "von oben" zur Wehr setzen. In Hessen ist die Unterstützung eines Fünftel der Stimmberechtigten notwendig, um einen Volksentscheid herbeizuführen. "Das ist utopisch, die Zahl ist definitiv zu hoch", betont Dreßler. Da heißt es für Hessen, mehr Demokratie zu wagen - wie in Bayern. Dort genügen bereits zehn Prozent. Bei Bürgerbegehren ist die Messlatte mit 10 Prozent der Stimmberechtigten einer Kommune angemessen. Ob es sich um den Weiterbau von Straßen oder die Ausweisung von Wohngebieten handelt, diese Bürgerproteste gehören dazu und halten Demokratie lebendig.

Weiterführende Infos gibt es im Internet: hmdi.hessen.de, hlz.hessen.de, uli-dressler.de.

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.genios.de/document/HOZE__1411051600001265324400

Alle Rechte vorbehalten: (c) Rhein Main Digital GmbH

